

INNENPOLITIK

(13)

2. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VI. NVK

Die 2. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VI. Nationalen Volkskongresses begann am 25. August 1983 in Beijing. Einer der Haupttagesordnungspunkte war die verstärkte Bekämpfung der Gewaltkriminalität. In den vergangenen zwei Jahren ist es offenbar nicht gelungen, die Zahl der Gewaltverbrechen entscheidend zu senken. Die Sitzung des Ständigen Parlamentsorgans erstreckte sich über den Berichtszeitraum hinaus, so daß der Gesamtbericht über die 2. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VI. NVK im September-Heft von CHINA aktuell veröffentlicht werden wird.

-sch-

(14)

1. Tagung des VI. Komitees des Nationalen Jugendverbands Chinas

Das neu gebildete VI. Komitee des Nationalen Jugendverbands Chinas (NJVC) trat vom 17. bis 24. August 1983 zu seiner 1. Tagung zusammen. Dem VI. Komitee des NJVC gehören 523 Mitglieder an, darunter 105 Vertreter nationaler Minderheiten (20%). Auf der Tagesordnung seiner ersten Sitzung standen u.a. die Wahl einer neuen Führung und die Verabschiedung eines neuen Statuts. Auch in der neuen Satzung des Nationalen Jugendverbands Chinas wird festgelegt, daß die Dachorganisation der Jugendverbände der Volksrepublik China "unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas steht" und daß der Kommunistische Jugendverband Chinas (KJV) die "zentrale Kraft" innerhalb des NJVC bildet. Diese doppelte Verklammerung des Jugendverbands an den kommunistischen Parteiapparat weist den NJVC eindeutig als typisch stalinistisches Transmissionsorgan der KP aus. Die enge Verknüpfung des NJVC mit der KPCh bzw. dem KJV wird auch an der Zusammensetzung der neuen Führung des "Nationalen Jugendverbands" deutlich: Der NJVC-Vorsitzende Hu Jintao ist gleichzeitig Sekretär des Zentralkomitees des Kommunistischen Jugendverbandes, und unter seinen elf Stellvertretern befinden sich vier ZK-Sekretäre des KJV. Insgesamt gehören damit fünf der sechs ZK-Sekretäre des Kommunistischen Jugendverbands gleichzeitig dem Vorstand des Nationalen Jugendverbands Chinas an (RMRB, 18./22./24./25. August 1983).

Der Nationale Jugendverband Chinas ist der Dachverband der Jugendorganisationen in der Volksrepublik China. Ihm gehören folgende Verbände an:

- der Kommunistische Jugendverband Chinas (Jugendorganisation der KPCh),
- der Nationale Studentenverband Chinas,
- der Nationale Verband der Christlichen Vereine Junger Männer Chinas,
- der Nationale Verband der Christlichen Vereine Junger Frauen Chinas und
- die Jugendverbände und -organisationen der Provinzen, regierungsunmittelbaren Städte und Autonomen Gebiete.

Der Nationale Jugendverband Chinas wurde als Einheitsfront-Organisation der chinesischen Jugend auf dem Nationalen Jugendkongreß im Mai 1949 gegründet. Damals lautete sein Name noch "Nationaler Demokratischer Jugendverband Chinas". Erst im April 1958 erhielt er die heutige Bezeichnung. Zu Beginn der Kulturrevolution im Jahre 1966 stellte der NJVC seine Tätigkeit gezwungenermaßen ein, und erst im Frühjahr 1979 nahm der seine Aktivitäten wieder auf.

-sch-

(15)

XX. Kongreß des Nationalen Studentenverbands Chinas

Der XX. Kongreß des Nationalen Studentenverbands Chinas (NSVC) fand vom 17. bis 24. August 1983 in Beijing statt. 665 Delegierte nahmen an dem Kongreß teil, auf dessen Tagesordnung u.a. die Wahl einer neuen Führung und die Abänderung des Statuts standen. Nach der neuen Satzung stellt der Nationale Studentenverband Chinas die nationale Dachorganisation der Studenten- und Schülerschaften der Hoch- und Sekundarschulen dar. Wie bisher betont auch das neue Statut die Führung des Studentenverbands durch die Kommunistische Partei Chinas, und nach wie vor sind die einzelnen Studenten- und Schülerschaften gleich zweifach an die kommunistische Parteiorganisation gebunden: Erstens stehen sie unter der Führung durch die Parteizelle der jeweiligen Schule und zweitens müssen sie sich auf die "Anleitung und Hilfe" der jeweiligen Organisation des Kommunistischen Jugendverbandes stützen. Wie der Nationale Jugendverband Chinas zählt auch der Studentenverband zu den sogenannten "Massenorganisationen", die als Transmissionsriemen der KP Chinas fungieren, d.h. die Politik der Par-

tei unter bestimmten Zielgruppen verbreiten und durchsetzen. Es handelt sich bei den "Massenorganisationen" also nicht um Interessenvertretungen bestimmter Berufs- und Bevölkerungsgruppen gegenüber dem Staat bzw. der Partei, sondern vielmehr um Instrumente der Kommunistischen Partei zur Durchsetzung ihrer Interessen unter bestimmten gesellschaftlichen Schichten.

Dem neu gewählten XX. Komitee des Nationalen Studentenverbands Chinas gehören Vertreter von 182 Studenten- bzw. Schülerschaften an. Den Vorsitz des Komitees führt der Studentenverband der Beijing-Universität durch seinen Vertreter Liu Nengyuan. Zum Generalsekretär des NSVC wurde Li Keqiang gewählt, der gleichzeitig dem Ständigen Ausschuß des Zentralkomitees des Kommunistischen Jugendverbands angehört.

Die Geschichte des Nationalen Studentenverbands Chinas geht bis auf die 4.-Mai-Bewegung im Jahre 1919 zurück, als an vielen Hoch- und Fachschulen des Landes studentische Organisationen gegründet wurden. Diese schlossen sich um Juni 1919 zum "Studentenverband der Republik China" zusammen, der sich auf seinem XIV. Kongreß im März 1949 in "Nationaler Studentenverband Chinas" umbenannte und seitdem als "Massenorganisation" die Politik der KP Chinas gegenüber der Studentenschaft vertritt. Während der Kulturrevolution ruhte die Arbeit des Studentenverbandes vollständig. Erst Anfang 1979 wurde der NSVC wieder reaktiviert. Der letzte NSVC-Kongreß fand im Mai 1979 statt.

(RMRB, 18./22./24./25. August 1983; siehe auch C.a., Mai 1979, Ü 32)

-sch-

(16)

Chinas Justiz jetzt erstmals für Gefängnisse und Arbeitslager zuständig

Erstmals in der Geschichte der Volksrepublik China sind die Gefängnisse und Arbeitslager in die Verantwortung der Justizbehörden übergegangen. Einen entsprechenden Beschluß des Staatsrats gab das Justizministerium am 23. August 1983 bekannt. Bisher unterstanden die Strafanstalten den Sicherheitsbehörden (XNA, 23.8.83).

-sch-

(17)

Strukturreform der Regierungsorgane auf Provinzebene angeblich "im wesentlichen" abgeschlossen

Mit Ausnahme der drei regie-

rungsunmittelbaren Städte Beijing, Shanghai und Tianjin soll die "Strukturreform" der Regierungsorgane auf Provinzebene abgeschlossen worden sein. Dies meldete die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua in Berufung auf Informationen des Staatsrats (XNA, 5.8.83).

- Die Anzahl der Gouverneure und stellvertretenden Gouverneure soll von durchschnittlich 12 auf 6 pro Provinz reduziert worden sein. Ihr Durchschnittsalter soll 54 Jahre betragen, und mehr als die Hälfte haben angeblich eine höhere Schulbildung genossen.

- Die Zahl der direkt den Provinzregierungen unterstehenden Organe soll von durchschnittlich 70 auf rund 40 pro Provinz verringert worden sein.

- Die Zahl der Funktionäre der Provinzregierungen ist angeblich um 30% reduziert worden.

Angesichts des nur teilweisen Erfolgs der "Strukturreform" des Staatsrats (Zentralregierung) müssen die Erfolgsmeldungen über die Reform auf Provinzebene mit Vorsicht behandelt werden (s. C.a., Juni 1983, S.376). So berichtete die Hongkonger Mingbao vom 15. Juli 1983 noch von großen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Strukturreform der Partei- und Regierungsorgane in der Provinz Guangdong (nach SWB, 18.7.83).

Während die Strukturreform der Regierungsorgane nach offiziellen Angaben auf der zentralen Ebene und in den Provinzen abgeschlossen werden konnte, ist dies im Fall der Organe der Kommunistischen Partei Chinas sowohl auf der zentralen Ebene als auch in den Provinzen offensichtlich noch nicht gelungen - hierzu liegen noch nicht einmal allgemeine offizielle Erfolgsmeldungen vor.
-sch-

(18)**Nepotismus statt Strukturreform**

Zu Beginn der sogenannten "Strukturreform" auf Provinzebene hatte die Regierung von Guizhou die besten Vorsätze gefaßt: Am 11. Februar 1983 hatte die Provinzregierung in einem Rundschreiben gefordert, daß jenes "System" per 1. März 1983 zu beseitigen sei, demzufolge die Söhne und Töchter von pensionierten Funktionären ein Anrecht auf die durch die Pensionierung freigewordene Stelle ihres Vater bzw. ihrer Mutter haben. In drei wei-

teren Zirkularen vom 4. März, 25. April und 14. Juni unterstrichen die Provinzregierung und die Disziplin-Kontrollkommission von Guizhou die Notwendigkeit der Eliminierung des Systems der Vererbbarkeit von Planstellen innerhalb der Administration. Die zweifelsohne revolutionären Rundschreiben der Provinzregierung stießen innerhalb der Funktionärsschicht auf wenig Gegenliebe: Von 7.000 Kadern, die seit Erlaß des Rundschreibens bis Anfang August ihre Pension einreichten, ließen sich 6.800 (d.h. 97%) von ihren Söhnen oder Töchtern im Amt ersetzen (Radio Guizhou, 12.8.83, nach: SWB, 16.8.83). Soweit bekannt, ist dies das erste Mal, daß ein Massenmedium der Volksrepublik China die Existenz eines intraelitären Systems eingesteht, das die Vererbbarkeit von Positionen innerhalb der Bürokratie beinhaltet.
-sch-

(19)**V. KPCh-Provinzparteitag in Guizhou**

Die KPCh-Organisation der Provinz Guizhou hielt vom 23. bis 30. August 1983 ihren V. Kongreß in der Provinzhauptstadt Guiyang ab. Dabei wählten die Parteitage-delegierten gemäß des neuen Parteistatuts der KPCh das Provinzparteikomitee sowie die Berater-Kontrollkommission und die Disziplin-Kontrollkommission auf Provinzebene. Auf der dem Kongreß folgenden 1. Plenartagung des V. Provinzparteikomitees wurde Chi Biqing als "1. Sekretär" bestätigt. Mit der Beibehaltung der alten Sprachregelung "1. Sekretär" nahm die Parteiorganisation von Guizhou keine formelle Anpassung an das im September 1982 verabschiedete Parteistatut vor. Obwohl erst im Frühjahr dieses Jahres alle Führungsgremien der KPCh auf Provinzebene auf Veranlassung der Parteizentrale umgebildet worden waren, wurden innerhalb des elfköpfigen Ständigen Ausschusses des Provinzparteikomitees von Guizhou noch einmal drei personelle Veränderungen vorgenommen (Radio Guizhou, 23.8.83, nach: SWB, 27.8.83; ders., 1.9.83, nach: SWB, 6.9.83).
-sch-

(20)**Mindestens 30 Kriminelle in Beijing hingerichtet**

30 Schwerverbrecher sind am 23. August 1983 in Beijing nichtöffentlich hingerichtet worden. Die vom Obersten Volksgerichtshof bestätigten Todesurteile waren zuvor auf einer Massenversammlung im Beijinger Arbeiterstadion

vor einer Kulisse von zwischen 60.000 und 100.000 Menschen verkündet worden. Von den 30 Straftätern wurden neunzehn wegen Mordes, zehn wegen Vergewaltigung und einer wegen Raubes zum Tode verurteilt. Darüber hinaus sollen weitere 15 Personen kürzlich in Beijing hingerichtet worden sein: Photographien von ihnen wurden Zeugenberichten zufolge zusammen mit denen der am 23. August hingerichteten Personen vor einem Beijinger Gerichtsgebäude ausgestellt. Alle hingerichteten Personen sollen weniger als 35 Jahre alt gewesen sein (AFP, 23.8.83, nach MD, 24.8.83; AWSJ, 24.8.83; IHT, 24.8.83).

Die Massenhinrichtungen sollen offensichtlich der Abschreckung vor Gewaltverbrechen dienen. Die Zahl schwerer Verbrechen, darunter vor allem Raub, Mord, Vergewaltigung, Entführung und Erpressung, ist in den letzten Jahren (zumindest bis Ende 1981) ständig gestiegen. Alle bisher gegen die zunehmende Gewaltkriminalität unternommenen Maßnahmen haben sich als mehr oder weniger erfolglos herausgestellt.
-sch-

(21)**Zwangssterilisationen und ein Dementi**

Ein Sprecher der zentralen staatlichen Kommission für Familienplanung hat am 3. August 1983 dementiert, daß die chinesische Regierung jemals zu Zwangssterilisationen als Mittel der Familienplanung gegriffen habe. Es habe lediglich Einzelfälle gegeben, in denen Zwangsmaßnahmen angewendet worden seien. Diese seien auf die "einfachen Arbeitsmethoden" der örtlichen Funktionäre zurückzuführen gewesen. In diesen Fällen habe die Regierung sofort eingegriffen, um die Anwendung von Gewalt bei der Geburtenregelung zu stoppen. Nach den Worten des Pressesprechers haben die Kommunistische Partei Chinas und die Regierung Zwangsmethoden zur Durchsetzung der Familienplanungspolitik immer abgelehnt und statt dessen das Prinzip der Freiwilligkeit der Beteiligung der Bevölkerung an der Geburtenplanung betont. Deshalb habe man auch in großem Umfang Überzeugungs- und Erziehungsarbeit unter der Bevölkerung geleistet. So "ermuntere" die Regierung die Bevölkerung auf dem Land dazu, Verhütungsmittel "auf freiwilliger Basis" zu verwenden. Frauen, die bereits ein Kind haben, werde "empfohlen", sich die Spirale einsetzen zu lassen. Bei Ehepaaren, die bereits zwei Kinder haben,

werde ein Ehepartner "ermuntert", sich einer Sterilisation zu unterziehen. Der Sprecher der Kommission für Familienplanung machte diese Erklärungen, um "Verleumdungen gewisser ausländischer Zeitungen und Individuen" entgegenzutreten, denen zufolge die chinesische Regierung Zwangsmaßnahmen zur Familienplanung angeordnet hat (XNA, 4.8.83).

Bereits im Mai 1983 hatte Pressesprecher Wang Liancheng von der Kommission für Familienplanung bestritten, daß Sterilisationen zwangsweise vorgenommen würden. Vielmehr "empfehle" die Regierung diesen operativen Eingriff bei Personen, die zwei und mehr Kinder hätten. Dies gelte vor allem für die Landbevölkerung: "Bei Bauern mit zwei Kindern ist die Sterilisation eines Elternteils die beste Methode." Denn: "Die Erfahrung zeigt, daß die einfachen Methoden die besten sind." (nach: IHT, 28.5.83; vgl. die oben wiedergegebene Erklärung vom 3. August 1983)

Drei Rundfunkmeldungen aus der Provinz Guangdong lassen freilich erhebliche Zweifel am Wahrheitsgehalt der Erklärung des Sprechers der Kommission für Familienplanung aufkommen:

- Radio Guangdong brachte am 14. Mai 1983 einen Bericht über die Familienplanung in dieser Provinz, in dem es u.a. hieß: "Auf der kürzlich abgehaltenen Provinzkonferenz über Familienplanung wurde beschlossen, den Schwerpunkt der Familienplanungsarbeit auf die Zwangssterilisation eines Elternteils - Mann oder Frau - jener Ehepaare zu legen, die bereits zwei Kinder haben. Auf die Frage, warum sich jene Paare, die zwei Kinder haben, einem operativen Eingriff zur Sterilisation unterziehen müssen, antwortete der stellvertretende Gouverneur Wang Pingshan: 'Die Bestimmung, daß sich bei den Ehepaaren, die bereits zwei Kinder haben, der Vater oder die Mutter einer Sterilisation unterziehen muß, ist eine wichtige technische Maßnahme, die kürzlich von der Staatlichen Kommission für Familienplanung beschlossen worden ist.'" (nach: SWB, 21.5.83)

- Radio Hainan berichtete am 8. Mai 1983, daß "Ehepaare mit zwei oder mehr Kindern sich einer Operation zur Empfängnisverhütung unterziehen müssen" (nach: SWB, 12.5.83).

- Am 6. Juli 1983 berichtete Radio Hainan, daß in Haikou, der

Hauptstadt des zur Provinz Guangdong zählenden Sonderverwaltungsbezirks Hainan, bereits 33% jener Personen sterilisiert worden seien, die sich einer Sterilisation unterziehen "müßten" (nach: SWB, 12.7.83).

Aus der Provinz Guangdong sind bereits früher z.T. extrem brutale Zwangsmaßnahmen zur Geburtenregelung bekannt geworden (s. u.a. C.a., Aug. 1981, S.517-519; C.a., Sept. 1981, Ü 27).

-sch-

(22)

"Ausgewählte Werke von Zhu De" veröffentlicht

Anlässlich des 56. Jahrestages der Gründung der kommunistischen Streitkräfte in China wurden die "Ausgewählten Werke von Zhu De" veröffentlicht. Sie umfassen 65 Reden und Schriften des Mitbegründers der Roten Armee (später: Chinesische Volksbefreiungsarmee) aus den Jahren 1931 bis 1962. Die Mehrzahl der veröffentlichten Texte hat militärische Fragen zum Inhalt. Bei 32 Dokumenten der Sammlung handelt es sich um Erstveröffentlichungen (RMRB, 1.8.83).

-sch-

(23)

Ji Pengfei neuer Leiter des Büros des Staatsrats für Hongkong und Macao

Der 73jährige frühere Außenminister Ji Pengfei ist zum neuen Leiter des Büros des Staatsrats für Hongkong und Macao ernannt worden. Das Büro ist u.a. zuständig für die chinesisch-englischen Verhandlungen über die Zukunft Hongkongs. Das Amt des Direktors dieser Regierungsbehörde war durch den Tod von Liao Chengzhi Anfang Juni 1983 vakant geworden. Mit Ji Pengfei wurde dieses Amt nun mit einem der bekanntesten und erfahrensten Diplomaten der Volksrepublik China besetzt. Gleichzeitig wurde bekannt, daß zu einem der stellvertretenden Direktoren des Büros Lu Ping ernannt wurde, über dessen persönlichen Hintergrund bisher nichts bekannt ist. Berater des Büros des Staatsrats für Hongkong und Macao wurde der frühere chinesische Botschafter in Großbritannien, Ke Hua (AFP, 24.8.83, nach: MD, 26.8.83; DGB, 1.9.83).

-sch-

(24)

Kulturrevolutionäre Kritiker von Peng Dehuai und He Long zu hohen Haftstrafen verurteilt

Zu neun Jahren Gefängnis wurde der frühere Rotgardist Wang Da-

bin vom Volksgerichtshof der Stadt Wuhan am 29. August 1983 verurteilt, weil er - so das Gericht - während der Kulturrevolution falsche Beschuldigungen gegen den früheren Verteidigungsminister Peng Dehuai erhoben habe und deshalb für die Verfolgung und Folterung des 1974 verstorbenen Militärführers mitverantwortlich sei (Yangcheng Wanbao, Guangzhou, 29.8.83, nach: SWB, 3.9.83). Das gleiche Gericht hatte bereits im Juni den früheren Rotgardisten Yan Zhangyan für sieben Jahre hinter Schloß und Riegel geschickt, weil dieser den während der Kulturrevolution verfolgten und verstorbenen Militärführer He Long verleumdet hatte (Yangcheng Wanbao, 27.6.83, nach: SWB, 1.7.83).

-sch-

(25)

Naturschutz

China hat gegenwärtig 106 Naturschutzgebiete, die insgesamt 3,9 Millionen Hektar oder 0,4 Prozent der Gesamtfläche Chinas umfassen. Im Jahre 1979 noch gab es in China lediglich 50 Naturschutzgebiete, was einem Anteil von 0,17 Prozent der Gesamtfläche entsprach. Diese Zahlen wurden auf einer nationalen Konferenz über Naturschutzgebiete bekanntgegeben, die im August in Urumqi, der Hauptstadt des Autonomen Gebietes Xinjiang, stattfand (GMRB, 17.8.83). Bis zum Jahre 1990 soll sich die Zahl der Naturschutzgebiete auf 491 erhöhen, wie in einem auf der Konferenz aufgestellten Sieben-Jahrplan festgelegt wird. Damit würde sich der Anteil dann auf 1,47 Prozent erhöhen. Seit 1980, so heißt es, habe das Ministerium für Forstwesen wissenschaftliche Untersuchungen anstellen lassen und so Kenntnisse aus erster Hand gewonnen. Durch das vorgesehene Naturschutzprogramm würden seltene Pflanzen und Tiere sowie typische ökologische Systeme weiter Waldgebiete und typische Vegetationsdecken unter Schutz gestellt werden (GMRB, 19.8.83).

-st-

(26)

Stadtplanung in Beijing

Chinas Hauptstadt soll ein neues Gesicht erhalten. Dies geht aus dem am 2. August 1983 veröffentlichten "Gesamtplan für die Entwicklung der Stadt Beijing" hervor (vgl. RMRB, 3.8.83; XNA, 2.8.83). Der Plan war zuvor vom ZK und Staatsrat gebilligt worden und hat Gesetzeswirkung. Gleichzeitig wurde vom ZK und Staatsrat ein Komitee für die Entwicklung der Hauptstadt eingesetzt, in

dem die Stadtregierung Beijing, die Staatliche Planungskommission, die Staatliche Wirtschaftskommission, das Umwelt- und Finanzministerium und andere Behörden vertreten sind. Hauptaufgaben des Komitees sind die Aufstellung mittelfristiger und jährlicher Pläne sowie die Organisation und Koordinierung der städtebaulichen Maßnahmen (RMRB, 3.8.83). Einzelheiten des Plans veröffentlichte die Volkszeitung in ihrer Ausgabe vom 3.8.83. Die vorgesehenen Maßnahmen reichen von Stadtplanung einschließlich Denkmalschutz, Sanierung und Modernisierung bis hin zu Umweltschutz und Bevölkerungskontrolle. So soll beispielsweise das gesamte Gebiet der ehemaligen Kaiserstadt, das etwa fünfmal größer als die ehemalige Verbotene Stadt ist, unter Denkmalschutz gestellt werden mit der Bestimmung, daß hier nur Häuser mit nicht mehr als zwei Stockwerken gebaut werden dürfen. Am Tiananmen-Platz und an der Changan-Straße sollen weitere Regierungsgebäude erbaut werden. Die Straße nördlich der Verbotenen Stadt soll in eine Kulturstraße umgewandelt werden mit Museen und ähnlichen Gebäuden. Die Liulichang-Straße, das Zentrum der Gallerien und Antiquitätenläden, wird restauriert. Historische Bauwerke sollen geschützt und weitere Grüngürtel angelegt werden. Die Einkaufs- und Dienstleistungszentren Qianmen, Wangfujing und Xidan sollen verbessert und erweitert werden, desgleichen die Verkehrswege. Fabriken sollen an den Stadtrand verlegt und die Bevölkerungszahl bis zum Jahr 2000 auf 10 Millionen beschränkt werden.

Eine vernünftige Stadtplanung, verbunden mit gewissenhaftem Denkmalschutz, ist für Beijing dringend erforderlich; allerdings wird es schwer sein, die sich zu meist widersprechenden Interessen zwischen Modernisierung der Stadt und Bewahrung der historischen Substanz in Einklang zu bringen. Angesichts der Fehler der Vergangenheit sollten die Verantwortlichen jedoch gelernt haben, behutsamer vorzugehen.

-st-

VERTEIDIGUNG

(27) Erneute Flucht eines VBA-Piloten nach Südkorea

Am 7. August 1983 ist erneut einem Piloten der Luftwaffe der Chinesischen Volksbefreiungsarmee die Flucht mit einer Militärmaschine

nach Südkorea gelungen. Es handelte sich um den 46jährigen VBA-Testpiloten Sun Tianqin, der mit einer Maschine vom Typ Shen-yang F7 (chinesische Version der sowjetischen MIG 21) auf einem Flughafen in der Nähe von Seoul landete. Seinem Wunsch entsprechend durfte Sun Tianqin, dessen Familie während der Kulturrevolution politisch verfolgt worden war, am 24. August nach Taiwan ausreisen (The Korea Herald, 9./10./21.8.83).

Sun Tianqin ist der vierte Pilot aus der Volksrepublik China, der über Südkorea nach Taiwan flüchtete. Am 15. September 1961 war zwei chinesischen Zivildiplomaten die Flucht mit einer Transportmaschine vom Typ AN 2 gelungen. Am 16. Oktober 1982 flüchtete der VBA-Pilot Wu Ronggen mit einer MIG 19 nach Südkorea (s. auch C.a., Okt. 1982, Ü 17; C.a., Nov. 1982, Ü 44).

-sch-

(28) Neue Uniformen für die VBA

Die ersten Einheiten der Land-, Luft- und Seestreitkräfte der Chinesischen Volksbefreiungsarmee (VBA) erhielten zum 1. August 1983, dem 56. Jahrestag der Armeegründung, neue Uniformen. Der militärische Garderobenwechsel dürfte einige Monate in Anspruch nehmen. Den Anfang machten die Ehrenformationen der drei Waffengattungen, die die neuen, an osteuropäische Militärröcke erinnernden Uniformen präsentieren (RMRB, 1.8.83).

-sch-

KULTUR

(29) Nationale Konferenz über allgemeines Schulwesen

Auf der nationalen Konferenz über das allgemeine Schulwesen, die vom 18. bis 28. Juli 1983 in Beijing stattfand (s. C.a. 1983/7, Ü 24), wurde eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, die in einigen Bereichen bereits in Form von Empfehlungen des Erziehungsministeriums an die örtlichen Erziehungsbehörden weitergegeben wurden. Danach zeichnet sich für die einzelnen Schultypen folgende Politik ab:

1. Kindergarten

Auf der Konferenz wurde in Aussicht genommen, für alle sechsjährigen Kinder vor Beginn der Grundschule im Alter von sieben Jahren den einjährigen Besuch

des Kindergartens einzuführen. Nach Erreichung dieses Ziels soll die Kindergarten-erziehung allmählich ausgebaut und für alle Kinder ab drei Jahren eingeführt werden (XNA, 22.7.83). Wie es von offizieller Seite dazu hieß, sei die Nachfrage nach besseren Kindergärten nicht nur in der Stadt groß, sondern auch auf dem Lande ändere sich das Verhalten der Bevölkerung, indem sie in zunehmendem Maße bevorzuge, die Kinder in den Kindergarten zu bringen. In China gebe es gegenwärtig 130.000 Kindergärten mit 11,13 Millionen Kindern, 79,2 Prozent davon in ländlichen Gegenden (ebd.).

2. Grundschule

Bekanntlich will die VR China bis zum Jahre 1990 die allgemeine Schulpflicht einführen. Wie Erziehungsminister He Dongchang auf der Konferenz sagte, sei dieses Ziel schwer zu erreichen, aber es sei möglich. Laut Statistik hätten im Herbst 1982 93 Prozent aller Kinder im Alter zwischen 7 und 11 die Grundschule besucht. Das Ziel, das man sich mit der allgemeinen Schulpflicht gesetzt habe, bedeute, daß mindestens 95 Prozent Kinder die Schule besuchten und die Abschlusssrate 80 bis 95 Prozent betrage (XNA, 26.7.83). Ein Haupthindernis ist jedoch der hohe Anteil der Kinder auf dem Lande, der die Schule vorzeitig verläßt, um den Eltern in der Landwirtschaft zu helfen, wodurch seit Einführung des Verantwortlichkeitssystems die Erträge für den Haushalt zu steigern sind, d.h., allgemein besteht auf dem Lande wenig Interesse, die Kinder zur Schule zu schicken und die Schule beenden zu lassen.

Angesichts dieses Tatbestandes machte der Erziehungsminister auf der Konferenz konkrete Vorschläge, wie man den allgemeinen Schulbesuch popularisieren könne (vgl. RMRB, 20.7.83, S.3): Um die Schulpflicht einzuführen, bedürfe es vor allem einer entsprechenden Gesetzgebung durch den Staat. Darüber hinaus aber seien weitere Bestimmungen und Anreize auf unterer Ebene erforderlich. Hier nannte der Minister an erster Stelle die schrittweise Abschaffung des Schulgeldes. Er führte auch Maßnahmen an, die einige Gemeinden zur Durchsetzung der Schulpflicht ergriffen hätten, außer Schulgeldbefreiung z.B. eine verbindliche Erklärung der Bevölkerung, ihre Kinder in die Schule zu schicken, sodann die Bestimmung, daß Jugendliche, die die Grundschule nicht beendet haben, weder Kader bei den Gemeinden oder Brigaden werden könnten, noch bei örtlichen Be-